

thodoxen Kirche, den Präsidenten der rumänischen Akademie, des Obersten Gerichtshofes, der Universitäten, der theologischen Fakultäten und den Mitgliedern des Parlamentes, mit Ausnahme der Geistlichen sämtlich Kommunisten.

### Bulgarien

Selbst aus Bulgarien erhalten wir alarmierende Meldungen. Dort sind alle religiösen Organisationen von Kindern verboten worden. Die Erziehung wird als alleiniges Recht des Staates bezeichnet, und die Geistlichen werden staatsfeindlicher Propaganda bezichtigt. Eine staatliche Verordnung richtet drei Forderungen an die Kirchen:

1. Alle religiösen Veröffentlichungen sollen im Geist der Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche gehalten werden.
  2. Die Kirchen sollen das Verbot zurücknehmen, daß Priester in der „Vaterländischen Front“ mitwirken.
  3. Die orthodoxe Kirche soll mit der Organisation von Pilgerfahrten zum nationalen Heiligtum im Rila-Kloster aufhören, da sie politischen Charakter tragen.
- Dieser Bericht ist mit dem 25. Juli abgeschlossen worden.

## Der italienische Katholizismus und die Sozialreform

In ihrem Bericht über die Kirche im italienischen Wahlkampf gab die „Herder-Korrespondenz“ im 8. Heft, S. 361, 2. Jhg., der Hoffnung Ausdruck, daß die Katholische Aktion ihre Chance nützen werde. In Italien kommt alles darauf an, daß die arbeitende Bevölkerung durch eine schnelle und energische Sozialreform von der Wirksamkeit der kirchlichen Soziallehre überzeugt wird. Schon im Laufe des Wahlkampfes war von der Katholischen Aktion ein „Comitato Nazionale Civico“ ins Leben gerufen worden mit der Aufgabe, den katholischen Einfluß in den dringendsten politischen Anliegen zur Geltung zu bringen, ohne sich einer bestimmten Partei zu verschreiben. Professor Luigi Gedda, der Präsident des Komitees, gewährte kürzlich dem römischen Berichterstatter vom NCWC News Service eine Unterredung, in der er sich über seine Tätigkeit äußerte. „Zunächst“, sagte er, „gingen wir daran, unter allen Italienern, denen an der Erhaltung der christlichen Zivilisation etwas liegt, auch wenn sie nicht praktizierende Katholiken sind, eine Verbindung herzustellen. Dann wollten wir die soziale Reform aus der Ebene des parteipolitischen Kampfes herausheben und zu einem Anliegen aller Menschen machen, die nicht rein materialistisch denken“. Gedda erläuterte diese Absicht, indem er auf die vielen Tausende hinwies, die zwar christlich-demokratisch gewählt haben, weil das die einzige Möglichkeit war, dem Kommunismus entgegenzutreten, die aber in vielen Dingen mit ihrer Partei durchaus nicht einverstanden sind. Eine dritte Aufgabe sieht Gedda darin, den eigenen Leuten beizubringen, daß es ohne ihren persönlichen Einsatz nicht gehen wird.

Auf politischem Gebiet ist gegenwärtig die Schlacht um die Gewerkschaften in vollem Gange. Innerhalb der allgemeinen Gewerkschaften sind die christlichen Arbeiter bis dahin Gefangene der Kommunisten. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Man wird zunächst versuchen, den Einfluß der christlichen Arbeiter zu stärken; sollte das nicht gelingen, müssen sie eine eigene Gewerkschaft bilden. Wenn diese Schlacht geschlagen ist, wird man unverzüglich an die Bodenreform gehen. Gedda

betonte, daß die Aktivität des Komitees durchaus nicht erlahmt sei, wenn auch im Augenblick noch keine sozialen Erfolge sichtbar wären. Man müsse sich vor übereilten Lösungen hüten.

Auch der italienische Klerus bemüht sich darum, das Seinige zur Sozialreform beizutragen. Die italienische Arbeiterschaft bedarf angesichts der großen sozialen Gegensätze in Italien zweifellos dringend der Unterstützung durch den Klerus. Kardinal Schuster, der Erzbischof von Mailand, gab seinen Priestern, die sich zu einer sozialen Studienwoche versammelt hatten, folgende Weisungen:

1. Um das Gewissen der Katholiken zu schärfen, sollen die Priester aktiv und verantwortlich in der Arbeiterbewegung mitwirken.
2. Sie sollen in jeder Pfarrei und in jedem, auch dem kleinsten Betrieb, Zellen der katholischen Arbeiterbewegung ins Leben rufen.
3. Es sollen Gruppen von Priestern geschaffen werden, die von allen sonstigen Pflichten befreit, sich ausschließlich der Arbeiter anzunehmen haben.
4. Die sozialen Nöte der Arbeiter und ihre Rechte auf Arbeit, auf ein Heim, auf Familienlohn und soziale Sicherheit sollen zum bevorzugten Gegenstand der kirchlichen Lehrverkündung gemacht werden.
5. Die Priester sollen die lokalen Gruppen des Comitato Nazionale Civico persönlich unterstützen, und die Arbeiterschaft soll darin vertreten sein.

Kardinal Schuster wies ferner darauf hin, daß die politische Betätigung zur Abwehr des atheistischen Kommunismus auch weiterhin als religiöse Pflicht zu gelten hat. Er sagte wörtlich: „Nach langen Jahren der Enthaltung gibt es viele Katholiken, die sich noch nicht wirklich klar gemacht haben, daß sie... die schwere Gewissenspflicht haben, in das politische und administrative Leben der Nation in allen verfassungsmäßig festgelegten Formen einzugreifen. Die Zahl der italienischen Kommunisten übersteigt die der Mitglieder der Partei in den UdSSR, und gewisse Gewerkschaften sind völlig in der Hand der Roten, die sich ihrer bedienen, um einen Organismus der Volkswirtschaft in ein parteiliches Instrument gegen die Regierung zu verwandeln. Die Verantwortung für diese Situation fällt zum Teil den Katholiken zur Last, die sich von jeder politischen Tätigkeit fernhalten oder in ihren Fabriken den Christlichen Arbeitervereinen nicht den gewünschten Einfluß zubilligen.“

Es ist nicht verwunderlich, daß die Aktivität des italienischen Klerus den Gegnern ein Dorn im Auge ist. Immer wieder erheben sie den Vorwurf, daß auf diese Weise die Lateranverträge verletzt werden. Mit diesem Vorwurf beschäftigte sich kürzlich die unabhängige römische Tageszeitung „Il Messagero“. „Das Gesetz verbietet den Priestern“, sagt sie, „ihr Amt für politische Zwecke zu mißbrauchen. Es verbietet ihnen aber durchaus nicht, gleich allen anderen Bürgern, in der Politik ihre Überzeugung zu vertreten. Die Priester haben das Wahlrecht; wenn man aber das Wahlrecht hat, muß man wohl auch für seine Meinung eintreten können“. Sie bezeichnet es als widersinnig, die Propaganda für die Lehren von Marx und Lenin freizugeben und die Lehren des Evangeliums an der Verbreitung zu hindern. Es sei eine andere Sache, ob ein Priester einer Partei angehöre, was die Lateranverträge verbieten, oder ob er als freier Bürger seiner Meinung Gehör verschaffe.